

seit dem Krieg darstellte, sei ein großer Fehler der deutschen Diplomatie gewesen, weil er nur Russland habe dienen können, nicht aber Deutschland. Küppers kritisiert außerdem Wirths eigenmächtiges Vorgehen und seine – bei allen Unterschieden in der Person – enge Verbindung mit dem Chef der Heeresleitung Seeckt, wobei Wirth ein wenig zu stark in die Rolle des Motors gedrängt wird.

Im November 1922 musste Wirth zurücktreten, nachdem er u. a. aufgrund der Vorgänge bei der Vorbereitung des Rapallo-Vertrages das Vertrauen der die Regierung tragenden Kräfte sowie des Reichspräsidenten verloren hatte. Nach Küppers war weniger das Projekt einer Mehrheitskoalition unter Einschluß der DVP Anlass für den Rücktritt als die Tatsache, daß Wirth »politisch am Ende« war. Er verlor rasch an Einfluss, auch in seiner eigenen Partei. Das Verhältnis zur Reichstagsfraktion, das schon immer gespannt gewesen war, verschlechterte sich. Vor allem die Orientierung des Zentrums nach rechts – die Partei war 1925 gemeinsam mit der DNVP an der Regierung beteiligt – lehnte er ab. In der Endphase der Republik wurde Wirth dann noch zweimal Kabinettsmitglied, ohne dass es besondere Leistungen zu verzeichnen gäbe. Zunächst war er Minister für die besetzten Gebiete in der Großen Koalition und dann Innenminister in Brüning's erster Regierung, bis Hindenburg seinen Rücktritt erzwang. Insgesamt etwas unbefriedigend fällt die Behandlung der Zeit von 1933 bis zu Wirths Tod 1956 aus, der das letzte Kapitel gewidmet ist. Nach anfänglichen Zweifeln stimmte Wirth dem Ermächtigungsgesetz im März 1933 zu, um wenig später dann zunächst nach Frankreich, dann in die Schweiz zu emigrieren. Erst 1948 erlaubten ihm die Franzosen die Rückkehr nach Baden.

Die sehr komplizierte Persönlichkeit Wirths spielt für Küppers eine wichtige Rolle. Früh habe der Zentrumspolitiker »Allergien gegen Anpassungen« erkennen lassen; er sei sprunghaft und cholerisch, zugleich aber sensibel und leicht verletzlich gewesen. Politisch sei er zugleich als »Gesinnungspolitiker und Moralist« zu bezeichnen, der sich aber nicht an seine eigenen Maßstäbe gehalten habe. Eine negative Folge dieser Haltung hebt der Autor besonders hervor: die Unfähigkeit Wirths zum politischen Kompromiss. Damit trug er seinen Teil dazu bei, dass die Schwächen der jungen Republik nicht überwunden werden konnten. Wirth wird in dieser Biographie als Mann dargestellt, der durchaus große Chancen hatte, der sich aber wegen seiner politischen Überzeugungen und wegen seines Naturells zwischen vielen Stühlen befand.

*Susanne Pumpe, Mannheim*

Notker Hammerstein, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur, Verlag C.H. Beck, München 1999, 582 Seiten, geb., 98 DM.

Das einvernehmliche Zusammenspiel von Wissenschaft, Politik und Bürokratie blickt in Deutschland auf eine lange Tradition. Wie selbstverständlich haben wir uns heute an die Existenz von Stiftungen und Institutionen staatlicher oder halbstaatlicher Natur gewöhnt, auf deren Mittelvergabe weite Teile der Forschung angewiesen sind. Dabei datieren die Anfänge der wohl bedeutendsten Förderungseinrichtung »DFG« aus den Krisenjahren der Weimarer Republik. Als »Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft« gegründet, bestand das Stiftungsziel darin, die durch den verlorenen Krieg an Universitäten und Forschungseinrichtungen entstandene finanzielle Not zu überwinden. Dass die Lage prekär war, verdeutlicht beispielhaft die Anschaffung ausländischer Zeitschriften, von denen die Berliner Staatsbibliothek 1914 noch etwa 2.200 bezog, 1920 aber nur

noch Mittel für 120 Periodika besaß. Der Wissenschaft in Deutschland drohte nicht nur durch den erklärten Boykott der Nachbarstaaten, sondern auch durch mangelnde Rezeptionsmöglichkeiten der internationalen Literatur ein empfindlicher Niveauverlust. Den hieraus resultierenden Handlungsbedarf spürten einflussreiche Gelehrte, leitende Kultusbeamte und Vertreter der Industrie gleichermaßen, und so dauerte es nicht lange, bis eine entsprechende Initiative entstand. Das erforderliche Stiftungskapital sollte aus staatlichen Zuwendungen, Mitteln der Wirtschaft und privaten Spenden fließen. Am 30. Oktober 1920 trat die gegenwärtig größte deutsche Forschungsförderungseinrichtung mit der Verabschiedung ihrer Satzung ins Leben.

Notker Hammerstein untersucht die Geschichte der DFG von den Anfängen bis 1945. Allerdings konzentriert sich die Darstellung auf die Jahre nach 1933, Gründung und Entwicklung während der Weimarer Republik werden als Präludium vorangestellt und auf 90 Seiten allzu knapp abgehandelt. Mit einem starken Präsidenten an der Spitze verkörperte die Struktur der Notgemeinschaft in den Anfangsjahren mehr den kaiserzeitlichen Obrigkeitsstaat als die Demokratie von Weimar. Friedrich Schmidt-Ott führte ein straffes Regiment, satzungsgemäß zwar flankiert von einem Präsidium, dessen Mitglieder sich aber nur allzu gern dem autoritären Führungsstil des erfahrenen Bürokraten beugten. Er reklamierte die letzte Entscheidung für sich und machte, wie es scheint, auch gern Gebrauch davon. So versuchte Schmidt-Ott, eigene Forschungsakzente zu setzen, als er 1925 in einer Denkschrift Förderungen »im Bereich der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohls« vorschlug. Auf seine Anregung hin fanden Expeditionen des Vermessungsschiffs »Meteor« sowie Forschungsreisen in die südliche Sowjetunion die Unterstützung der Notgemeinschaft, beides damals vielbeachtete Unternehmungen, wie es sie schon im Kaiserreich zur Demonstration der weltweiten Präsenz deutscher Wissenschaft gegeben hatte.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten hatte keine Veränderung an der Spitze der DFG zur Folge. Schmidt-Ott blieb über den 30. Januar hinaus im Amt, wobei er sich nach Kräften bemühte, den Vorlieben der neuen Machthaber zu genügen. Mit eifrigem Wohlwollen entschied er die Förderung wissenschaftlich zweifelhafter Projekte zur nationalsozialistischen Volkstumsideologie und zum Germanenkult, wovon etwa die obskure »Forschungsanstalt« Hermann Wirths in Bad Doberan profitierte. Darüber hinaus signalisierte Schmidt-Ott mit der Durchführung einer Tagung an der »Ost«-Universität Königsberg frühzeitig die Bereitschaft der DFG zur Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern. Diese verfolgten freilich eigene wissenschaftspolitische Zielsetzungen, worüber es zur Absetzung Schmidt-Otts im Juni 1934 kam. An seine Stelle trat Johannes Stark, Nobelpreisträger des Jahres 1919 und Vertreter einer »deutschen Physik«. Doch dessen Präsidentschaft, die an Selbstherrlichkeit bei der Mittelvergabe das »persönliche Regiment« seines Vorgängers noch übertraf, war kaum mehr als ein Intermezzo und endete im November 1936. Erst mit dem neuen Mann an der Spitze, dem 36 Jahre jungen Beamten aus dem Reichserziehungsministerium und SS-Mann Rudolf Mentzel, begann die spezifisch nationalsozialistische Ära in der Geschichte der DFG.

Mit der Schilderung des von Mentzel und seinen Gesinnungsgenossen eingeschlagenen Wegs nimmt das Buch Fahrt auf. Hammerstein gelingt es überzeugend, die Neuordnung der Forschungsgemeinschaft darzulegen, ihre Einbindung und Funktionsweise im Rahmen des Vierjahresplanes zu analysieren. Er vermag das nicht zuletzt deshalb so plausibel vorzustellen, weil hier einmal nicht von der bequemen Vorannahme ausgegangen wurde, Wissenschaftspolitik im »Dritten Reich« habe auf ministerieller Ebene in der Hand von ungebildeten Dilettanten und fanatischen Wirrköpfen gelegen, deshalb lohne die ernsthafte Untersuchung nicht. Mentzel und seine Vertrauten, wie Werner Best zur »Generation der Sachlichkeit« zählend, gingen mit vergleichbarer Zielstrebigkeit und Kälte an die Reform der DFG nach Maßgabe ihrer politischen Überzeugungen. Die

DFG wurde zum bedeutsamen Instrument nationalsozialistischer Forschungsförderung umgeformt, mit einem Präsidenten an der Spitze, der nunmehr satzungsgemäß die Entscheidungshoheit über die Verteilung der Gelder besaß und auch die Richtung vorgab, in die sich Wissenschaft in Deutschland planmäßig bewegen sollte. Fast zeitgleich mit dieser Umstrukturierung und von Mentzel ebenfalls mitinitiiert, trat der Reichsforschungsrat als weitere Einrichtung zur Forschungslenkung ins Leben, womit sich insbesondere der Zugriff auf Mittel der Wehrmachtsforschung verband. Hinter all dem stand das Ministerium Bernhard Rust, das im Kampf um den Einfluss auf Wissenschaft und Forschung im Nationalsozialismus weit initiativer und erfolgreicher war, als dies bisher zur Kenntnis genommen wurde.

Die Evaluation von Anträgen durch die Fachgliederungen der DFG fand auch unter der straffen Regie Mentzels statt, dem die Wahrung wissenschaftlicher Standards ein Anliegen war. Davon jedenfalls zeugt die Auswahl seiner Gutachter, die fast ausnahmslos zur Spitze ihrer jeweiligen Disziplinen zählten. Nicht selten erstreckten sich die personalpolitischen Entscheidungen des ehrgeizigen Präsidenten auf die Unterstützung politischer Freunde, doch selbst hierbei gab der jeweilige Sachverstand den Ausschlag, »[w]aren sie kompetent, konnten sie Karriere machen« (S. 208). Somit erfährt auch das Bild von der dumpfen Cliquenwirtschaft, die im Nationalsozialismus vorherrschend gewesen sei, für diesen Bereich eine entscheidende Modifizierung. Und erst aus diesem veränderten Blickwinkel heraus wird der relative Erfolg mancher Wissenschaftsdiziplin in Nazi-Deutschland erklärbar, ebenso wie der nach 1945 rasch gelungene Anschluss an die westliche Forschungswelt.

Die Studie widmet auch den Nachtseiten des Systems ein Kapitel, das sich mit der Förderung verbrecherischer Untersuchungen im Bereich der Medizin befasst. Der gefeierte Chirurg Ferdinand Sauerbruch verfügte als Fachspartenleiter der DFG über einen ansehnlichen Etat, aus dem er schnell und unbürokratisch Mittel verteilte und Anfang der 1940er-Jahre Gelder für medizinische Experimente an KZ-Insassen bewilligte. Dass den Anträgen selbst eine Tendenz zur »tödlichen Medizin« nicht zu entnehmen gewesen sei, mag wohl sein. Kaum glaubhaft ist hingegen, dass Sauerbruch gar keine Kenntnis über das besessen haben soll, was er für förderungswürdig hielt, führt man sich allein die Überschaubarkeit der damaligen »scientific community« vor Augen, in der jeder fast jeden kannte. Wie dicht dieses persönliche Netzwerk geknüpft war, lässt sich vielleicht am besten am kollektiv geübten Schweigen der Ärztesunft nach 1945 ermesen, wodurch die Machenschaften einer verbrecherischen Medizin lange Jahre verborgen blieben. Um das Ausmaß indirekter Teilhabe und Mitwisserschaft an Menschenversuchen absehen zu können, bedarf es tiefgehender Forschungen unter Einbeziehung privater zeitgenössischer Aufzeichnungen. Die Wissenschaftsgeschichtsschreibung über die Zeit des Nationalsozialismus sollte in der von Hammerstein eingeschlagenen Richtung weiterschreiten. Wie die Bedeutung des Sicherheitsdienstes für das Funktionieren der Hitler-Diktatur erst am Beispiel der scharfsinnigen Biographie Ulrich Herberts über Werner Best bekannt wurde, bedarf es auf dem Gebiet der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte einschlägiger Studien zu Aufbau und Entwicklung der nationalsozialistischen Kultusbürokratie. Mehr als fünfzig Jahre nach dem Ende des Dritten Reichs erscheint es mehr als sonderbar, dass es eine Geschichte des Reichserziehungsministeriums oder eine Biographie Bernhard Rusts noch nicht gibt. Hammersteins Untersuchung lenkt den Blick auf eine kühl kalkulierende Kultusbürokratie, die im nationalsozialistischen Machtapparat nicht nur bis zum Ende eine wichtige Funktion erfüllte, sondern auch die damalige Gelehrtenwelt durch Zielgerichtetheit und Pragmatismus weitaus mehr für sich einzunehmen verstand, als man nach der Katastrophe einzugestehen bereit war. Verführbarkeit durch Machbarkeit – das lehrt dieses Werk – ist eben nicht erst seit der gentechnischen Diskussion ein Thema.

Anne Chr. Nagel, Gießen